

INTRIGEN DER SCHWEIZERISCHEN DIPLOMATIE IM KALTEN KRIEG

# Bundesrat Petitpierre und die Beuteakten

**Die Alliierten veröffentlichten nach dem Zweiten Weltkrieg zahlreiche deutsche Beuteakten. Bundesrat Max Petitpierre wollte verhindern, dass die Akten von La Charité-sur-Loire über die schweizerisch-französische Militärkooperation an die Öffentlichkeit gelangen.**

JOHANNES WARTENWEILER

Nach einer Unterredung im Eidgenössischen Politischen Departement (EPD, heute Eidgenössisches Departement des Äusseren EDA) im Mai 1956 schrieb Frances Elizabeth Willis, die amerikanische Botschafterin in der Schweiz, in einer heiklen Angelegenheit nach Washington: Aussenminister Max Petitpierre habe erklärt, die Veröffentlichung der Dokumente von La Charité-sur-Loire würden es dem Bundesrat «sehr schwer machen, im Falle einer drohenden Invasion ähnliche Vereinbarungen zu treffen». Botschafterin Willis war deshalb überzeugt, dass die Publikation dieser Akten aus amerikanischen Beutebeständen die Entwicklung einer engeren Zusammenarbeit auf «unbestimmte Zeit» beeinträchtigen und den langfristigen Absichten der USA zuwiderlaufen würde.

Dieser Wink mit dem Zaunpfahl verfehlte seine Wirkung in den Reihen des amerikanischen Aussenministeriums nicht. Einflussreiche Personen machten Druck auf die unabhängigen Historiker, die mit der Herausgabe der deutschen Beuteakten beauftragt waren. Sie wünschten nicht, dass die «Schweizer» wegen dieser Angelegenheit «ernsthaft verärgert werden», schrieb der amerikanische Herausgeber Paul R. Sweet an seine englische Kollegin Margret Lambert. Die Publikation unterblieb – vorderhand.

## LA CHARITÉ-SUR-LOIRE

Dieser Erfolg der schweizerischen Diplomatie war der Höhepunkt einer jahrelangen Auseinandersetzung hinter den Kulissen. Petitpierre war es gelungen, das gut gehütete Geheimnis von La Charité zu wahren. La Charité-sur-Loire gilt gemeinhin als Fundort der Akten, die der deutschen Armee 1940 in die Hände fielen und eine militärische Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Frankreich für den Fall eines deutschen Angriffes auf die Schweiz belegen. General Guisan hatte entsprechende Vereinbarungen ohne Absprache mit dem Bundesrat getroffen und damit die immerwährende Neutralität in Zweifel gezogen.

Als der Bundesrat nach Kriegsende davon Kenntnis erhielt, zog er aber den General nicht zur Verantwortung, sondern bemühte sich, diese Episode herunterzuspielen und weiterhin geheimzuhalten. Einerseits war die Neutralität nach wie vor aussenpolitische Doktrin, andererseits war diese neutrale Haltung der Schweiz während des Kalten Krieges

eine schmale Deckschicht, unter der die Präferenz für das westliche Lager und die Nato nur allzu deutlich durchschimmerte.

## BEUTEAKTEN UND UNABHÄNGIGE HISTORIKER

Der Historiker Sacha Zala hat in einer akribischen Arbeit die Etappen dieser Vertuschungspolitik während des Kalten Krieges nachgezeichnet\*. Ursache für das «helvetische Malaise», so Zala, war der Entschluss der Westalliierten, die deutschen Beuteakten zu veröffentlichen – ohne die üblichen Rücksichtnahmen gegenüber Drittstaaten. Ein unabhängiges Historikergremium wurde mit der Auslese beauftragt. Ab 1949 erschienen die «Documents on German Foreign Policy», in denen die deutsche Aussenpolitik von 1918 bis 1945 dargestellt wurde.

Petitpierre streckte sofort seine Fühler aus. Ein Diplomat in London und später Bundesarchivar Léon Kern wurden mit der Einsicht in die Beuteakten beauftragt. Kern gelang es, sich umfassend zu informieren. Allerdings betrachtete er offizielle Interventionen zur Verhinderung der Publikation belastender Dokumente als «heikle Angelegenheit», da den Historikern bei der Auswahl freie Hand garantiert worden sei. Dank «dem Entgegenkommen der Engländer», schrieb ein Diplomat des EPD, konnten aber bis 1953 alle kompromittierenden Dokumente unter Verschluss gehalten werden. Noch etwas wollten die Vertreter der Schweiz durchsetzen: dass «schweizerischen Personen, die nicht im Besitz einer besonders hierfür ausgestellten Empfehlung des EPD sind», keine Einsicht in die Akten gewährt wurde. Damit wollte das EPD insbesondere eine Dissertation des Historikers Fritz Steck verhindern.

## SUPPORT AUS FRANKREICH

Bei seinen Bemühungen, die schweizerisch-französische Vereinbarung unter Verschluss zu halten, erhielt Petitpierre unerwartet Unterstützung aus dem Ausland: Die französischen Militärs waren gegen die Veröffentlichung der Abmachung. Einerseits wollten sie diejenigen französischen Offiziere decken, die sich damals mit Guisan verständigt hatten, andererseits einen mutmasslichen Verbündeten in der schweizerischen Armee schützen: Samuel Gonard, der die Vereinbarung mit Frankreich mitausgearbeitet hatte, inzwischen Korpskommandant, wurde von den französischen Militärs eingestuft als ein «möglicher General für einen möglichen Krieg, auf dessen Freundschaft Frankreich zählen kann». Schliesslich machten sich auch hohe Nato-Offiziere für die Nichtpublikation der Dokumente stark.

Angesichts dieser günstigen Umstände verzichtete Petitpierre auf den riskanten Schritt einer offiziellen Demarche bei den Alliierten. Allerdings hatten auch die Heraus-

geber der «Documents» Kenntnis erhalten vom Versuch, die Veröffentlichung zu torpedieren. Sie waren empört und wehrten sich gegen diese Einmischung. Die englische Herausgeberin Lambert schrieb an ihre französischen und amerikanischen Kollegen, Maurice Beaumont und Paul R. Sweet, diese Angelegenheit sei «nicht länger eine Frage von persönlichen Urteilen, sondern der Integrität, eine Angelegenheit über die es keine irgendwie gearteten Zweifel geben dürfe». Doch der Druck über verschiedene Kanäle auf die Herausgeber liess nicht nach und führte 1957 dazu, dass sich diese genötigt sahen, mit einem editorialem Kunstgriff die heiklen Aktenstücke vorläufig zurückzuhalten.

### **DER RUF DES GENERALS**

Petitpierres Bemühungen hatten noch ein zweites Motiv. Er tat alles, um den nach sechs Jahren Aktivdienst ausserordentlich beliebten Guisan zu decken. Bereits kurz nach Kriegsende hatte er im Bundesrat eine Befragung des Generals abgeblockt: «Es wäre besser, ihn allenfalls nicht zur Lüge zu verpflichten.» Er lehnte deshalb auch 1954 eine Untersuchung gegen den ehemaligen Korpskommandanten Ulrich Wille junior ab, der 1940 mit dem deutschen Gesandten Otto Köcher offen über die nach den Funden von La Charité mögliche Kompromittierung Guisans gesprochen und sich des Landesverrats schuldig gemacht hatte. Der Bundesrat folgte auch diesmal Petitpierre: «Diese Untersuchung würde Kontroversen und Polemiken hervorrufen, die nur der Armee und der Landesverteidigung schaden würden.»

Als 1961 die Historiker die brisanten Dokumente doch noch veröffentlichen konnten – Petitpierre war von der irrigen Annahme ausgegangen, die Dokumente würden überhaupt nicht mehr publiziert –, war Guisan schon seit fast einem Jahr tot – und mit grossem militärischem Pomp beerdigt worden. Um ihn postum zu decken, lenkte der Bundesrat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Affäre Wille. Sein in den «documents» festgehaltenes Zusammentreffen mit dem deutschen Gesandten 1940 hatte für ihn keine Konsequenzen mehr, er war 1959 gestorben. Der Bundesrat hatte es in weiser Voraussicht vorgezogen, sich für die Grabrede von einem hohen Offizier vertreten zu lassen.

### **«UN MAUVAIS QUART D'HEURE»**

Nicht immer war das heimliche Wirken von Petitpierre erfolgreich. So konnte er nicht verhindern, dass wegen der «Documents» schon 1954 die massgebliche Beteiligung der Schweiz an der Einführung des J-Stempels bekannt wurde, was zu einem Sturm der Ent-

rüstung und zum Auftrag an Carl Ludwig führte, einen Bericht über die schweizerische Flüchtlingspolitik zu verfassen. Auch seinem Bekannten Carl Jacob Burckhardt, dem ehemaligen Völkerbundskommissar in Stadt Danzig, konnte Petitpierre eine «mauvais quart d'heure» nicht ersparen. Burckhardt wurde vorgeworfen, während seiner Zeit in Danzig die deutsche Seite bevorzugt zu haben. Dem Diplomaten Burckhardt, der eifrig an seiner Legende bastelte, waren die schriftlichen Belege unangenehm. Er wandte sich an Petitpierre und bat ihn, seine Eingabe beim britischen Schatzkanzler Richard Butler mit einigen Worten zu unterstützen, was dieser auch tat. Dieses wenig sensible Vorgehen des Aussenministers war erfolglos. Butler gab Burckhardt den Rat, in einem Buch seinen eigenen Standpunkt darzulegen.

### **INTRIGEN GEGEN EINEN JOURNALISTEN**

Johann Wolfgang Brügel, ein in London ansässiger tschechischer Emigrant und Gewerkschaftsaktivist, verfasste ab 1958 aus den Aktenbeständen der bereits publizierten Bände der «Documents» zahlreiche Berichte für sozialdemokratische Zeitungen. Ein Vertreter der schweizerischen Botschaft schrieb 1958 nach Bern, er habe beim Foreign Office auf die «schwerwiegenden Konsequenzen» verwiesen, welche Brügels Tätigkeit «gezeitigt haben oder noch zeitigen könnten». Brügel werte die Quellen «im Sinne politischer Propaganda» aus, was ein «offensichtlicher Missbrauch» der liberalen Richtlinien sei.

Offensichtlich hatten die britischen Behörden ein offenes Ohr für die Schweizer und hätten sich durchaus bereit erklärt, Brügel den Zugang auf diskrete Art zu verwehren. Allein, es gab ein kaum zu überwindendes Hindernis: Als promovierter Historiker konnte Brügel nicht von den Akten ferngehalten werden, die für die wissenschaftliche Bearbeitung freigegeben waren – auch jene Bestände, die für den entsprechenden Zeitabschnitt nicht in den «Documents» aufgenommen worden waren. Die britischen Behörden wollten wegen der Empfindlichkeiten der Schweiz nicht die Zugangsbestimmungen verändern, und das EPD hatte Angst, dass die Presse von dieser Intrige Wind bekommen könnte. Brügel konnte weiterschreiben.

\*Sacha Zala: «Bereinigta Weltgeschichte? Amtliche Akten-sammlungen unter der Schere der politischen Zensur». Bern 1996. Zur Zeit baut der Autor die unveröffentlichte Lizentiatsarbeit zu einer Dissertation aus.